



BBV zum Bundestagsbeschluss: „Schlag in Magengrube der Landwirte“

Beitrag

Der Deutsche Bundestag hat heute den Bundeshaushalt 2024 beschlossen. „Es hat keine Korrekturen bei den Streichungspläne bei der Agrardieselsrückvergütung und den damit verbundenen Belastungen für die Landwirtschaft gegeben. Die Bäuerinnen und Bauern sind maßlos enttäuscht über diese Entscheidung, die von den Abgeordneten der Ampelkoalition getragen wurde“, sagt Günther Felner, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes.

Bei den Bauernprotesten sind in den letzten Wochen alleine in Bayern über 150.000 Bäuerinnen und Bauern und mehr als 80.000 Traktoren auf die Straßen gewesen. „Unsere Anliegen und Aktionen werden verschiedenen Umfragen zufolge von rund 80 Prozent der Bevölkerung unterstützt. Für mich ist es völlig unbegreiflich, wie die Bundestagsabgeordneten in dieser Situation gegen den Willen der Bevölkerung in ihren Wahlkreisen den Vorschlag der Bundesregierung durchwinken und damit zusätzliche Belastungen für die heimische Landwirtschaft in Kauf nehmen konnten“, kritisiert Felner.

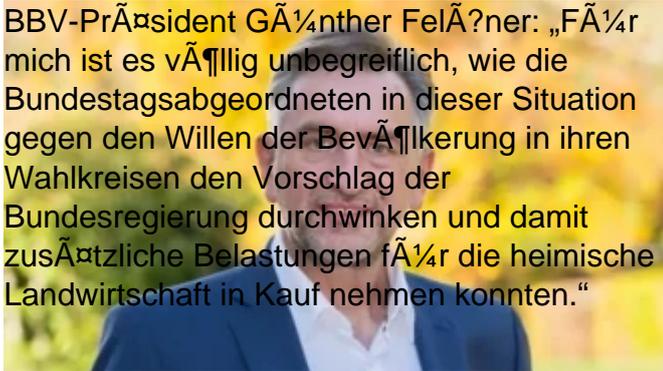
Der Bundesrat wird sich wahrscheinlich erst am 22. März mit dem Haushaltsfinanzierungsgesetz befassen. Das Gesetzespaket zum Bundeshaushalt ist ein Einspruchsgesetz. Der Bundesrat kann den vom Bundestag beschlossenen Haushalt mit einer Mehrheit ablehnen und dann für konkrete Korrekturen an den Vermittlungsausschuss verweisen. „Ich setze auf ein ablehnendes Signal der Bundesländer und appelliere an alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, den Vermittlungsausschuss anzurufen!“, sagt Felner.

Von der Ampel-Koalition fordert Felner, dass nun sofort Entlastungen und Vereinfachungen für die deutsche Landwirtschaft auf den Weg gebracht werden. Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesfinanzminister Christian Lindner hatten entsprechende Maßnahmen auf der Grünen Woche in Berlin in Aussicht gestellt. „Außerdem muss nun schnellstmöglich in Brüssel dafür gesorgt werden, dass der Vorschlag der EU-Kommission umgesetzt und die vier Prozent Pflichtbrache vom Tisch kommen“, fordert Felner. Zudem müssten die Weichen dafür gestellt werden, dass Biokraftstoffe aus regionaler Erzeugung von der Energiesteuer befreit werden und Landwirte künftig die Möglichkeit haben, steuerfrei eine Risikoausgleichsrücklage zu bilden. „Die konkreten Vorschläge liegen auf dem Tisch, jetzt muss die Bundesregierung endlich liefern. Vorher lassen wir

nicht locker!“, so FelÄ?ner.

Bericht und Bilder: Bayerischer Bauernverband

BBV-PrÄ?äsident GÄ?nther FelÄ?ner: „FÄ?r mich ist es vÄ?llig unbegreiflich, wie die Bundestagsabgeordneten in dieser Situation gegen den Willen der BevÄ?lkerung in ihren Wahlkreisen den Vorschlag der Bundesregierung durchwinken und damit zusÄ?tzliche Belastungen fÄ?r die heimische Landwirtschaft in Kauf nehmen konnten.“



Gemeinde Samerberg

Wir stellen ein!

**Mitarbeiter/in für die Verwaltung:
Finanz- und Hauptverwaltung
Teilzeit / Vollzeit**

Bewerbungen:
Gemeinde Samerberg, Dorfplatz 3,
83122 Samerberg
gemeinde@samerberg.de
Infos: Andreas Müllinger 08032 / 989 40



Kategorie

1. Land- & Forstwirtschaft

Schlagworte

1. Agrardiesel
2. Bauernprotest Agrardiesel
3. Bauernverband
4. Bundeshaushalt